§ 0651d BGB

(1) Der [Reiseveranstalter](#) ist verpflichtet, den Reisenden, bevor dieser seine Vertragserklärung abgibt, nach Maßgabe des Art. 250 §§ 1 bis 3 EGBGB (des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche) zu informieren. Er erfüllt damit zugleich die Verpflichtungen des Reisevermittlers aus § [651v Abs. 1 S. 1 BGB](#).

(2) Dem Reisenden fallen zusätzliche Gebühren, Entgelte und sonstige Kosten nur dann zur Last, wenn er über diese vor Abgabe seiner Vertragserklärung gemäß Art. 250 § 3 Nr. 3 EGBGB (des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche) informiert worden ist.

(3) Die gemäß Art. 250 § 3 Nr. 1, 3 bis 5 und 7 EGBGB (des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche) gemachten Angaben werden Inhalt des Vertrags, es sei denn, die Vertragsparteien haben ausdrücklich etwas anderes vereinbart. Der [Reiseveranstalter](#) hat dem Reisenden bei oder [unverzüglich](#) nach [Vertragsschluss](#) nach Maßgabe des Art. 250 § 6 EGBGB (des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche) eine Abschrift oder Bestätigung des Vertrags zur [Verfügung](#) zu stellen. Er hat dem Reisenden rechtzeitig vor Reisebeginn gemäß Art. 250 § 7 EGBGB (des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche) die notwendigen Reiseunterlagen zu übermitteln.

(4) Der [Reiseveranstalter](#) trägt gegenüber dem Reisenden die Beweislast für die [Erfüllung](#) seiner Informationspflichten.

(5) Bei Pauschalreiseverträgen nach § [651c BGB](#) gelten für den als [Reiseveranstalter](#) anzusehenden [Unternehmer](#) sowie für jeden anderen [Unternehmer](#), dem nach § [651c Abs. 1 Nr. 2 BGB Daten](#) übermittelt werden, die besonderen Vorschriften des Art. 250 §§ 4 und 8 EGBGB (des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuche). Im Übrigen bleiben die vorstehenden Absätze unberührt.